



Auch sonst beginnen die bisher verhängten Sanktionen in Russland offenbar zu wirken. Der Leitindex der Moskauer Börse hat seit Beginn des Jahres bereits 16 Prozent seines Wertes eingebüßt. Die Europäische Zentralbank beziffert den Kapitalabfluss aus Russland seit Ausbruch des Konflikts auf mehr als 160 Milliarden Euro.

Anders als in Washington steht man in Brüssel und den anderen europäischen Hauptstädten noch weitergehenden Finanz- und Wirtschaftssanktionen eher zögerlich gegenüber. „Die Fälle Iran und Russland kann man nicht vergleichen, weil das europäische und das russische Bankensystem wesentlich enger miteinander verknüpft sind“, sagt Hosuk Lee-Makiyama vom European Center for International Politics and Economics in Brüssel, der sich seit langem mit den Auswirkungen internationaler Sanktionspolitik beschäftigt.

Bisher schrecken vor allem die Staaten in Mittel- und Osteuropa aufgrund ihrer Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen vor weiteren Maßnahmen zurück. Die Südeuropäer fürchten einen Rückfall ihrer krisengeschwächten Volkswirtschaften in die Rezession, während Großbritanniens Finanzindustrie in der Londoner City nur ungern auf das lukrative Geschäft mit den Russen verzichten will. Anders die USA: Sie plädieren für härtere Sanktionen, ein Ausschluss Russlands aus dem Swift-System inklusive. Allerdings sind sie auf die Europäer angewiesen. Denn La Hulpe liegt ja in Belgien, weshalb das Unternehmen nicht dem amerikanischen Recht unterliegt.

FALLS DER KONFLIKT in der Ukraine weiter eskaliert oder Russland sich unabhängige Staaten wie Georgien oder Moldawien oder sogar die Nato- und EU-Mitglieder im Baltikum vornimmt, wären schärfere Sanktionen der Europäer sicher. Schon jetzt schränken EU und USA den Zugang Russlands zu westlichen Kapitalmärkten ein. Russische Banken, die mehrheitlich im Staatsbesitz sind, bekommen keine Darlehen mehr, wenn sie eine Laufzeit von mehr als 90 Tagen haben. Die Geldinstitute sind jedoch stark abhängig vom westlichen Kapitalmarkt. Würde der Hebel bei Swift umgelegt wie im Fall des Iran, wären die Geldströme des russischen Finanzsektors gestoppt. Russland wäre von den Konten der Welt abgeschnitten.

Dies wäre faktisch gleichbedeutend mit einem Exportverbot für russisches Gas und Öl und träfe die russische Volkswirtschaft hart. Die weitgehend staatlich kontrollierte Energieindustrie hat allein im Jahr 2012 durch Exporte 278 Milliarden Euro verdient. Das entspricht 80 Prozent des russischen Staatshaushalts.

In La Hulpe hinter den Fassaden der Swift-Zentrale wird man die drohende Sanktionsspirale wohl mit Sorge verfolgen. Wird Swift zum zweiten Mal politisch eingesetzt, könnte dies das Geschäftsmodell des belgischen Dienstleisters gefährden. Es ist bekannt, dass die Russen und Chinesen schon mehrfach Gespräche über den Aufbau eines alternativen Systems geführt haben. An einer Fragmentierung des Zahlungsverkehrs in einer globalisierten Welt kann aber insbesondere der Westen kein Interesse haben, der bisher über seine Großbanken das Swift-System kontrolliert.

Die Lehre aus dem Kalten Krieg kann für alle Beteiligten daher nur lauten, dass die „Atomwaffenoption“ der Sanktionspolitik am besten als Drohung funktioniert.



TOMÁŠ SACHER

leitete das Wirtschaftsressort des tschechischen Magazins *Respekt* und beobachtet seit langem die Beziehungen zwischen Russland und Europa